T A G E S O R D N U N G

Ö f f e n t l i c h

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bitte Sie, bei der Tagesordnung Folgendes zu berücksichtigen: Stück 1) und 2) sind abgesetzt, Stück Nummer 5) ist noch einmal im Ausschuss für Familien, Kinder, Jugendliche und Frauen zu beraten. Stück Nummer 6) ist abgesetzt, Nummer 7) gehört in den nicht öffentlichen Teil, werden wir im nicht öffentlichen Teil behandeln und muss zusätzlich noch im Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss behandelt werden. Das Stück Nummer 11) muss noch einmal in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft. Das Stück Nummer 12) bitte ich, dann gemeinsam mit dem Nachtragstagesordnungspunkt 7) zu behandeln. Ich bedanke mich auch für die Arbeit, die im Vorfeld geleistet worden ist und wir wieder wissen, welche Stücke wir gemeinsam jetzt abstimmen können. Es sind dies von der ordentlichen Sitzung das Stück Nummer 3), das Stück Nummer 8) und das Stück Nummer 10). Auf der Nachtragstagesordnung ist nichts gemeinsam abzustimmen, ich möchte nur gleich dazu sagen, dass wir die Stücke 1), 2), 3) und 4) und 5) und 6), weil sie jeweils zusammengehören, dann bitte einfach berichtet bekommen.

3) A 5-1570/2004-7

Erweiterung des vollintegrativen Fernsehens; Rundfunkgebührenbefreiung für gehörlose beziehungsweise blinde Menschen. Petition an den Bundesgesetzgeber

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz soll an den Bundesgesetzgeber herantreten, dass die bestehende gesetzliche Regelung dahingehend geändert wird:

1.) das vollintegrative Fernsehen wird auf mindestens 50 % gesteigert und
2.) bis zur Umsetzung dieser Forderung werden blinde beziehungsweise gehörlose Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, von der Rundfunkgebühr befreit, sofern alle am Wohnsitz gemeldeten Personen gehörlos oder blind sind.

8) A 8 – 2/2004-230

Personalamt, Pensionen; Kreditansatzverschiebungen von insgesamt € 1.097.300,- und Nachtragskredit über € 137.700,- in der OG 2004

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG 2004 wird die Fipos

1.08000.760000	„Pensionen“	um €	1.235.000,00

aufgestockt, zur Bedeckung werden die Fiposse

1.00000.751001	„Lfd. Transferz. an Länder und Landesfonds“	um €	13.000,00
1.01100.728700	„Entgelte für sonstige Leistungen“ Personalentwicklungsmaßnahmen“	um €	20.000,00
1.01100.728900	„Entgelte für sonstige Leistungen, FAIR-Unterstützung“	um €	20.000,00
1.01100.7550000	„Lfd. Transfers an Unternehmungen“	um €	19.000,00
1.02100.728300	„Entgelte für sonstige Leistungen, VPI-Erhebungen“	um €	20.000,00
1.08000.760200	„Pensionen und sonst. Ruhebezüge (einschl. DG-Beit)	um €	14.000,00
1.09100.565200	„Mehrleistungsvergütungen“	um €	10.000,00
1.09100.728200	„Entgelte für sonstige Leistungen, Schulungskosten“	um €	10.000,00
1.32300.760000	„Pensionen und sonst. Ruhebezüge (einschl. DG-Beit)	um €	30.000,00

1.34000.728200	„Entgelte für sonstige Leistungen“	um €	17.500,00

der Sammelnachweis 1 um € 523.000,00
(die Entscheidung, welche Fiposse aus dem SN 1 gekürzt werden, kann erst nach Beschlussfassung bzw. bei Eingabe ins SAP erfolgen) und die Fipos

1.32300.755100	„Lfd. Transfers an Unternehmungen“	um €	400.800,00

gekürzt, die Fipos

2.01100.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	um €	63.600,00

erhöht und die Fiposse

2.03000.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	600,00
2.24000.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	22.100,00
2.24010.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	30.300,00
2.25000.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	7.400,00
2.43900.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	4.600,00
2.43980.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	5.900.00
2.85800.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen“	mit €	500,00
2.85800.817900	„Kostenbeiträge (Ersätze) für sonst. Leistungen	mit €	2.700,00

dotiert.

10) A 8 – K 94/1992-677

Grund- und Finanzierungsvertrag für den Verkehrsverbund Steiermark inklusive Großraum Graz; Genehmigung zum Abschluss eines Verwaltungsübereinkommens

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 1 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

1. Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Grund- und Finanzierungsvertrag für den Verkehrsverbund Steiermark wird unter der Bedingung genehmigt, dass die Republik Österreich und das Land Steiermark diesen in der gleichen Form unterfertigen.
2. Für den Fall der Übernahme der im Motivenbericht vorgeschlagenen und noch abschließend mit der Republik Österreich zu verhandelnden Änderungswünschen von Seiten der übrigen Vertragspartner wird die Zustimmung zum Abschluss des in diesem Sinne geänderten Grund- und Finanzierungsvertrages erteilt.

Die Anträge 3), 8) und 10) wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

9) A 8 – K 824/2002-10

Verlängerung der Straßenbahnlinie 4; Genehmigung zum Abschluss eines Finanzierungsvertrages in Höhe von € 8.684.000,-

GR. Mag. **Frölich**: Es geht hier um die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 und damit im Zusammenhang um den Abschluss eines Finanzierungsvertrages zwischen der Stadt Graz und der Grazer Stadtwerke AG in der Höhe von 8.684.000,- Euro. Wie bekannt, errichtet die Firma SPAR am Sternäckerweg ein Fachmarktzentrum, Baubeginn ist März 2005 und im Zuge der Baustellenkoordination ist es erforderlich, auch diese Verlängerung des 4ers in Angriff zu nehmen, zumal es auch eine Förderungsleistung der Firma SPAR in der Höhe von 4,1 Millionen Euro hier zu lukrieren gibt. Ich darf daher im Namen des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses folgenden Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen: Der Abschluss eines Finanzierungsvertrages gemäß dem beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil bildenden Mustervertrages betreffend die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses durch die Stadt Graz in Höhe von Euro 8.684.000,- an die Grazer Stadtwerke AG gegen Nachweis der Inangriffnahme der

Bautätigkeit im Zusammenhang mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 von der derzeitigen Endstation Liebenau bis zum Einkaufszentrum Sternäckerweg und nachfolgenden Rechnungslegungen gemäß Baufortschritt wird genehmigt. Dieser Gesellschafterzuschuss erhöht sich um die mit der Grazer Stadtwerke AG zu vereinbarenden Finanzierungskosten, soweit die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses auf Wunsch der Stadt Graz zeitversetzt erfolgt. Über die Betriebs- und Folgekosten sind mit der Grazer Stadtwerke AG binnen angemessener Frist, spätestens jedoch bis zur Inbetriebnahme, gesonderte Verhandlungen zu führen. Gleichzeitig wird der mit Gemeinderatsbeschluss vom 2.12.1999 genehmigte Finanzierungsvertrag, in Höhe von ATS 46 Millionen, also Schilling im Zusammenhang mit den für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 notwendigen Investitionsvorhaben gegenstandslos. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Abschluss eines Finanzierungsvertrages gemäß dem beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil bildenden Mustervertrages betreffend die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses durch die Stadt Graz in Höhe von € 8.684.000,- an die Grazer Stadtwerke AG gegen Nachweis der Inangriffnahme der Bautätigkeit im Zusammenhang mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 von der derzeitigen Endstation Liebenau bis zum Einkaufszentrum Sternäckerweg und nachfolgenden Rechnungslegungen gemäß Baufortschritt wird genehmigt.

Dieser Gesellschafterzuschuss erhöht sich um die mit der Grazer Stadtwerke AG zu vereinbarenden Finanzierungskosten, soweit die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses auf Wunsch der Stadt Graz zeitversetzt erfolgt.

Über die Betriebs- und Folgekosten sind mit der Grazer Stadtwerke AG binnen angemessener Frist, spätestens jedoch bis zur Inbetriebnahme, gesonderte Verhandlungen zu führen.

Gleichzeitig wird der mit Gemeinderatsbeschluss vom 2.12.1999 genehmigte Finanzierungsvertrag, GZ.: A8W – 8/1999-71, in Höhe von ATS 46 Mio. im Zusammenhang mit den für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 notwendigen Investitionsvorhaben gegenstandslos.

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit am Rednerpult, aber ich habe es gestern dem Kollegen Hermann Spielberger versprochen, ich halte mich kurz, aber bei diesem Stück gehört es sich einfach, dass ein Vertreter, ein Mandatar, der sehr, sehr viele Jahre als Bezirksvorsteher in Jakomini tätig war und nach wie vor seine Heimat in diesem Bezirk hat, dazu redet. An und für sich müssten bei diesem Stück Fanfarenklänge erklingen oder zumindest Sektkorken knallen, weil es ist, glaube ich, ein Stück, das nicht jeden Tag und nicht jeden Monat hier im Gemeinderat behandelt wird. Es ist ein Freudentag heute, wenn das so über die Bühne geht, wie es den Anschein hat, dass dieses Stück mit großer Mehrheit oder einstimmig auch beschlossen wird. Es ist ein Freudentag, nicht nur für die Bezirke Liebenau und für den Bezirk Jakomini, sondern für den gesamten Südosten unserer Stadt. Es ist gleichzeitig auch ein Signal, dass trotz Aufgabenkritik, trotz Spargedanken in dieser Stadt noch etwas weitergeht, dass hier sinnvolle Projekte auch in Zeiten wie diesen umgesetzt und finanziert werden können, diesbezüglich ein herzliches Dankeschön an den Finanzreferenten, der dies möglich gemacht hat. Es ist aber auch ein Signal, dieses Stück hier heute in Richtung Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, es ist auch ein Signal als Beitrag zu sehen im Kampf gegen die Feinstaubbelastung in dieser Stadt und als Umweltschutzprojekt. Es ist aber auch ein Signal in Richtung Lösung der Parkplatzproblematik im Südosten unserer Stadt und es ist letztendlich ein ganz, ganz wichtiges Signal auch an die Umlandgemeinden, dass wir das Pendlerproblem ernst nehmen, dass wir auch im Zuge von Maßnahmen der Verringerung von Dauerparkplätzen durch Umgestaltung in blaue Zonen hier dem Pendler Rechnung tragen, indem es hier zu einem vernünftigen Park-and-Ride-Platz hier kommt. Und was ganz, ganz wichtig ist und darauf möchte ich schon hinweisen, weil heute die eine oder andere Wortmeldung in die Richtung gegangen ist, wo bleibt das Vertrauen, was ist mit der Glaubwürdigkeit und hier muss ich schon eines sagen: In

diesem Zusammenhang zumindest wurden Versprechen gehalten, Versprechen insofern, dass man der Bevölkerung in unseren beiden Bezirken Liebenau und Jakomini versprochen hat, etwas zur Milderung der Problematik in Bezug auf Messe, in Bezug auf Liebenauer Stadion, in Bezug auf Stadthalle etwas zu tun. Und das ist besonders hervorzustreichen, dass hier diese Versprechen gehalten wurden und dass hier die Glaubwürdigkeit unter Beweis gestellt wurde. Aber bei aller Freude und Euphorie muss uns natürlich auch dieses Stück und diese 4er-Verlängerung, die damit sicher scheint und kommen wird erfreulicherweise, muss uns aber auch dahin bewegen und Motivation sein, weiterhin auch für andere Projekte uns einzusetzen, ich denke hier insbesondere an Projekte wie 6er-Verlängerung, ich denke hier auch Park-&-Ride-Parkplatz in Puntigam, ich denke hier an Projekte wie die Innenstadtentflechtung, das muss Auftrag für uns sein auch heute, wenn wir uns freuen, über immerhin (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) acht Millionen Euro, die heute mit unserem Beschluss flüssig gemacht werden, wobei ja das gesamte Projekt um einiges mehr verschlingen wird, aber es muss auch Auftrag sein dieses heutige Stück, dass wir an das Land herantreten, damit das Land die Versprechungen auch einhält, die das Land gegenüber der Stadt abgegeben hat in Bezug auf Mitfinanzierung und Mitbeteiligung, was dieses überregionale Projekt, nämlich den Park-&-Rideparkplatz unten in Liebenau beziehungsweise die Verlängerung des 4ers, betrifft. In diesem Sinne wirklich ein Freudentag, ich hoffe, mit dem einen oder anderen kann ich heute noch anstoßen, speziell auch mit Rudi Trummer, dem das ja auch ein großes Anliegen ist und insgesamt ein herzliches Dankeschön für diese Aktivität (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GRin. **Binder**: Wenn etwas beschlossen wird im Gemeinderat, heißt das noch lange nicht, dass es wirklich auch gemacht wird. Aber in dieser Frage hoffe ich ja wirklich, dass, und bin auch ziemlich sicher, dass die Straßenbahnlinie 4 auch diese Verlängerung erfährt, wie sie geplant ist. Ich denke mir allerdings, es gab da eine Prioritätenliste und einen langjährigen Kampf, ein langjähriges Engagement von vielen, vielen Menschen für die Verlängerung des 6er. Und genau dieses Projekt kommt und kommt und kommt nicht auf die Schiene. Und mich würde letztlich schon interessieren, warum das so eine schwere Geburt ist oder bleibt sie überhaupt

stecken und wird überhaupt nicht geboren, ich weiß es nicht. Kollege Stadtrat Rüsch meint immer, kommt schon, kommt schon, wir sind ja dabei, wir tun ja. Ich merke nichts davon und die Wette, die ich mit ihm eigentlich schließen wollte, leider habe ich sie nicht geschlossen, also ich hätte wirklich gewonnen. Da ging es eben darum, dass der 6er auf Schiene gebracht wird und dass er dieses Jahr noch, und das war auch so ein Versprechen, wirklich die ersten Maschinen auffahren und in St. Peter etwas weitergeht. Dies hat der geschätzte Kollege Stadtrat Rüsch nicht zustande gebracht. Ich weiß nicht ob es, und das ist jetzt ein bisschen polemisch, ich weiß nicht, ob es damit zusammenhängt, dass bei der anderen Linie, bei der Linie 4 schon sehr viele Kapitalinteressen dahinterstecken, immerhin SPAR und immerhin soll da ein großes Zentrum entstehen, das ist schon ein mächtiger Partner. Bei der 6er-Verlängerung sind die mächtigen Partnerinnen und Partner, Herr Kollege Mayr, die Menschen in St. Peter und da ist sehr viel Geld schon hineingeflossen, Machbarkeitsstudien, Hüssler hat hier sein Urteil abgegeben und, und, und. Es ist alles auf Schiene, nur das Finanzstück, glaube ich nicht, oder? Irgendwas ist nicht da und das ist empörend.

Zwischenruf GRin. Krampl: Und die Straßenbahnzüge auch nicht.

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren! Natürlich ist das eine tolle Entscheidung, wenn man sich jahre- oder jahrzehntelang mit Verkehrsfragen beschäftigt und weiß, wie vordringlich ÖV-Maßnahmen insgesamt sind, und dass in den letzten Jahren mehr oder minder schon Zweifel aufkommen mussten, dass überhaupt noch etwas geht in dieser Stadt. Und ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, weil ich meine, dass es schlecht wäre, wenn in Bezug auf die Interessen der Verkehrsentwicklung ein Projekt gegen das andere gestellt wird (*Applaus KPÖ*), weil wir haben in dieser Stadt eine Prioritätenreihung,...

Zwischenruf GRin. Binder: Das war nur eine Erinnerung.

GR. **Slamanig**: ...wir wissen als Verkehrssprecher ganz genau, dass wir 17 Projekte umsetzen müssen, wenn wir haben wollen, dass Verkehr in dieser Stadt überhaupt noch funktioniert, im Interesse der Menschen, die hier leben und im Interesse der Menschen, die hier arbeiten und wir sollen mit allen Kräften versuchen, jene Mittel, die für diese Verkehrsentwicklung erforderlich sind, in die Stadt zu bekommen und das wird nicht funktionieren, wenn wir uns gegenseitig mit bestimmten Interessen, so langer 4er, langer 6er, Innenstadtentflechtung gegeneinander stellen, wir müssen nach außen hin klar machen, dass wir vier Milliarden Schilling brauchen, damit wir die dringendsten Vorhaben im Verkehr über die Bühne bringen. Und da hoffe ich, dass die Einsicht gewinnt, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, nur so werden wir diese Probleme lösen können. Das ist mein Appell (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ein großer Freudentag heute, wenn nach der schon im März 2002 erfolgten Projektgenehmigung nun auch der entsprechende Finanzierungsvertrag mit den Grazer Verkehrsbetrieben abgeschlossen ist. Ich bin überzeugt, dass die Realisierung der Linie 4 für die Stadt Graz schon fast historische Bedeutung haben wird und zwar einfach deshalb, weil es aus verschiedenen Gründen, und die meisten sind uns ohnehin bekannt, sehr, sehr schwer war, im Laufe der letzten Jahre, eigentlich seit Anfang der 90er Jahre, wieder ein Straßenbahnprojekt durchzubringen. Hier wieder einen neuen Schub zu bekommen, einen neuen Anfang, der getragen wird von allen, ist sicherlich eine wunderbare Sache für die Stadt Graz und ich denke mir, dass damit letztlich auch Nachholbedarf gedeckt werden kann, der sehr, sehr hoch ist. Die Stadt hat sich nach außen hin entwickelt und wir müssen mit unseren Straßenbahnprojekten, wenn der öffentliche Verkehr tatsächlich attraktiv sein soll, dieser Entwicklung auch nachkommen. Zu Sigi Binder noch ein kurzes Wort bezüglich der Linie 6. Ich verliere Wetten sehr, sehr ungern und ich werde die Wette mit der Linie 6 erst dann abschließen, wenn ich

weiß, dass er kommt. Das ist der tiefere Grund, das heißt, wir haben selbstverständlich, und ich speziell habe selbstverständlich die Linie 6 nie aufgegeben, denke aber, dass meine Vorredner Recht haben, dass es heute nicht der Tag ist, den gegen die Linie 4 auszuspielen oder bei diesem großen Ereignis, dass die Finanzierung der Linie 4 gesichert ist, sich da sehr, sehr lange da aufzuhalten, sich darüber zu unterhalten, weshalb es beim 6er bis jetzt noch nicht geklappt hat. Die Linie 6 bleibt genauso wie die Linie 4 an oberster Priorität für die Stadt, für die Stadtentwicklung, für die Bürger der Stadt Graz, auch hier soll niemand ausgespielt werden, die Linie 4 ist ein hervorragendes Projekt für die Pendler aus dem Umland, die wir gerne haben in der Stadt, die in der Stadt arbeiten, die hier die Kaufkraft auch zum Teil liegen lassen, genauso wichtig eben wie für die Grazerinnen und Grazer, die im Einzugsbereich der Linie 6 wohnen und selbstverständlich gerade im Zusammenhang mit den Parkplatzrestriktionen, mit den blauen Zonen, die wir in der Innenstadt verordnet haben, ein verbessertes Angebot haben sollen. Also feiern wir die Feste, wie sie fallen, heute ist das Fest der Linie 4, ein großes Dankeschön an sehr, sehr viele, die heute gar nicht mehr hier herinnen sitzen, klarerweise auch bei der Linie 4. An meinen unmittelbaren Vorgänger auch Stadtrat Josel, der sich da vehement eingesetzt hat, ein Dank an alle und ich hoffe, dass es einen neuen Schwung gibt für die Erweiterung und für die Attraktivierung des Straßenbahnnetzes, des Schienennetzes in Graz und wenn wir weiterhin da alle zusammenarbeiten, wie wir das jetzt gerade in den vergangenen Wochen gemacht haben, dann bin ich auch durchaus optimistisch, dass es mit der Hilfe von allen wirklich weitergehen wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die Hoffnung, dass kurze Tagesordnungen zu kürzeren Sitzungsabläufen führen, sind doch hin und wieder trügerisch. Trotzdem möchte ich noch etwas zur Frage der Linie 4 sagen. Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Linie und der Straßenbahnlinie 6. Die Straßenbahnlinie 4 hat von diesem Gemeinderat beziehungsweise eigentlich vom Vorgängergemeinderat eine Projektgenehmigung erhalten und das bedeutet nichts anderes, als dass die Budgetmittel für den Ausbau dieser Linie, nicht nur für den Straßenbahnausbau, sondern auch für die Errichtung des Park-&-Rideparkplatzes, für den Ankauf der

A2Z, für das gesamte Verkehrsentlastungssystems das mit der Errichtung der Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 verbunden ist, bereits freigegeben ist. Das, was wir hier tun, ist im Moment nur der Abschluss eines Finanzierungsvertrages mit einem Projektträger, nämlich mit unseren eigenen Stadtwerken. Das ist insoweit natürlich ein Riesenunterschied zur Straßenbahnlinie 6, bei denen zwar die Behördenverfahren abgeschlossen sind, aber eine solche Projektgenehmigung, und das heißt, die Mittel zur Verfügungstellung eben noch nicht am Tisch ist und wenn da immer die Finanzdirektion beziehungsweise mein Ressort, und ich auch als Finanzreferent mit kritischen Bemerkungen konfrontiert werde, muss ich schon eines sagen, manche haben noch nicht verstanden, in welcher finanziellen Lage wir sind (*Applaus SPÖ*), das bedeutet, einige haben es verstanden, nicht alle. Und das bedeutet, dass es einer großen Anstrengung bedarf, diese Mittel auch aufzubringen und das bedeutet auch eine Belastung zukünftiger Budgets und es liegt in meiner Verantwortung, einen solchen Schritt nur dann zuzulassen, wenn ich sicher sein kann, dass wir damit auch über die Runden kommen können, alles andere wäre ein schwerer Missgriff und ein schwerer Fehler, weil es niemandem nützen würde, eine Straßenbahnlinie zu errichten, aber sie dann nicht betreiben zu können. Jetzt wird es eine Möglichkeit geben, auch bei der Straßenbahnlinie 6 soweit zu kommen, dass wir zur Umsetzungsphase kommen und zwar dann, wenn wir mit dem Budgetbeschluss, wie ich hoffe, die Einrichtung eines Feinstaubfonds dotiert mit einem erheblichen Betrag einrichten können und wenn das gelingt, dann werden die Mittel auch zur Verfügung stehen, die Straßenbahnlinie 6 umzusetzen. Trotzdem wird das eine unglaubliche Belastung und wenn hier und heute zurecht darauf hingewiesen worden ist, dass die anderen Gebietskörperschaften sich doch beteiligen sollten an der Errichtung unserer Verkehrsinfrastruktur, dann darf ich darauf hinweisen, dass ich schon vor dem Sommer dem Herrn Vizekanzler Gorbach einen Brief geschrieben habe, der eher lapidar beantwortet worden ist, nämlich dass er seine Beamten erst prüfen lassen will, ob es rechtlich möglich ist, uns Geld für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zukommen zu lassen und der im Übrigen mit den Beamten des Kollegen Rüsch ohnehin im Gespräch sei. Was mich ärgert in dem Zusammenhang ist, wenn die Kritik aus einem Eck kommt, wo wir außer Kritik nichts zu erwarten haben, insbesondere keine Finanzmittel, und ich möchte nur zum wiederholten Mal darauf hinweisen, wir haben noch immer nicht die vertraglich vereinbarten Möst-Mittel, die der Stadt Graz zustehen, weil es einen, wie gesagt, Vertrag dazu gibt, wir

haben auch sonst keine Unterstützung zu erwarten, außer dass man uns vielleicht aus dem Lager des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schöggl ausrichtet, in Graz soll man nichts mehr investieren, weil wir sind es nicht wert. Ich weiß nicht, wie man so Wahlen schlagen will, im Übrigen, da zitiere ich die Frau Kollegin Zierler im Zusammenhang mit der Finanzierung von Kunstinvestitionen. Also diese Einstellung jedenfalls findet bei mir keine Zustimmung, logischerweise, ich hoffe, dass wir mit diesem Signal heute deutlich zeigen, dass in der Stadt Graz nicht nur etwas weitergeht, sondern dass wir sinnvoll, trotz aller Sparbemühungen, auf einem guten Weg sind (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Frölich**: Ich möchte es nicht so im Raum stehen lassen, dass es etwas Schlechtes ist, wenn es der Stadt hier gelungen ist, ein sehr wichtiges Unternehmen für unsere Stadt hier dazu zu bringen, sich ein Geld in die Hand zu nehmen und in einer privaten quasi Beteiligung an diesem Projekt des öffentlichen Verkehrs auch etwas dazuzuschießen, aber, Frau Kollegin Binder, es gelingt Ihnen auch hier, etwas Negatives zu finden, in diesem depressiven Bewusstsein lasse ich Sie gerne. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir das geschafft haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte auch der Ordnung halber schon festhalten, dass, wenn der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz etwas beschlossen hat, diese Beschlüsse auch umgesetzt worden sind. Was den 6er anbelangt sollten ja alle noch einmal wissen, dass es einmal eine Projektgenehmigung gegeben hat, die ausgelaufen ist und wo es keine neue gegeben hat. Und das war jetzt eine Projektgenehmigung, die jetzt flüssiggestellt worden ist. Das ist ein befristeter Beschluss.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: StRin. Monogioudis

NT 5) A 8 – 8/2004-37

Gesundheitsamt, Röntgendiagnostikanlage;
1. Projektgenehmigung über € 528.000,- in der AOG 2004-2005
2. Ausgabeneinsparung über € 528.000,- in der AOG 2004

NT 6) A 7 – 8492/01/41-2004

Neuanschaffung einer Röntgendiagnostikanlage zum Zwecke der Untersuchung gemäß den Bestimmungen des Tbc-Gesetzes, Kostenschätzung € 528.000,-; Erteilung der Projektgenehmigung

StRin. **Monogioudis**: Bei diesen beiden Stücken geht es um die Neuanschaffung einer Röntgendiagnostikanlage. Einmal ist es das Stück der Finanzabteilung, einmal des Gesundheitsamtes. Im Sommer schon, und zwar in der Stadtsenatssitzung wurde die Aufwandsgenehmigung erteilt, in der Stadtsenatssitzung vom 16. 7. und in der Gemeinderatssitzung vom 16. 9. wurde die haushaltsplanmäßige Vorsorge beschlossen. Weil aber ein EU-weites Vergabeverfahren erforderlich ist, werden wir wahrscheinlich in das nächste Jahr hineinkommen und deswegen ist es jetzt notwendig, dass eine Projektgenehmigung für die AOG 2004/2005 erteilt wird. Ich ersuche daher um Annahme.

Zu NT 5):

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 beziehungsweise § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der AOG 2004-2005 wird die Projektgenehmigung „Neubeschaffung Röntgendiagnostikanlage“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 528.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2004	MB 2005
Neubeschaffung Röntgendiagnostikanlage	528.000	2004-2005	0	528.000

beschlossen.

In der AOG 2004 werden die Fiposse

5.51200.010100	„Gebäude, Röntgenanlage“ (Anordnungsbefugnis: A 7) um	€ 48.600,-
5.51200.042100	„Amtsausstattung, Röntgenanlage“ (Anordnungsbefugnis: A 7) um	€ 468.000,-
5.51200.728100	„Entgelte für sonstige Leistungen, Röntgenanlage“ (Anordnungsbefugnis: A 7) um	€ 11.400,-
6.51200.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um	€ 528.000,-

reduziert.

Zu NT 6):

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung zur Neuanschaffung einer Röntgendiagnostikanlage für 2004 und 2005 mit den Gesamtkosten von € 528.000,- wird erteilt.

Die Anträge NT 5) und NT 6) wurden einstimmig angenommen

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Buchmann

12) A 16-69/3-2004 Kultur Service GesmbH, Fortschrittsbericht, Stand November 2004

Dr. **Buchmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es geht bei diesem Stück um die Bemühungen, die Nachhaltigkeit des Kulturhauptstadtprojektes

sicherzustellen. Es hat bereits im heurigen Jahr zwei Mal eine Befassung des Gemeinderates mit dieser Thematik gegeben, mit klaren Aufträgen an den Finanzreferenten und den Kulturreferenten, gemeinsam mit den Akteuren des Landes und der Kulturservicegesellschaft die Möglichkeiten einer Kooperation bis hin zu einer Fusion auszuloten, diese Verhandlungen haben sehr ernsthaft begonnen und sind sehr ernsthaft geführt worden und ich möchte den Verhandlungsteilnehmern, die seitens der Stadt dafür abgestellt wurden, in meinem Zuständigkeitsbereich, insbesondere dem Herrn Dr. Grabensberger, sehr herzlich für diese Arbeit danken. Sie waren von einer hohen Kooperationsbereitschaft und von einer hohen Qualität getragen. Es sind bei diesen Beratungen Ergebnisse erzielt worden, die aus inhaltlich, sachlicher Perspektive eine enge Kooperation bis hin zu einer Fusionierung der bestehenden Gesellschaften als sinnvoll erachtet haben. Es gibt ja heute zum selben Thema auch ein Stück des Finanzressorts, das aus finanzieller Sicht das beleuchtet, aus fachlich, sachlicher Sicht wäre eine enge Kooperation anzustreben. Sollte es aus finanzieller Sicht nicht möglich sein, diese Fusion zu verwirklichen, wird das Kulturressort gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort die entsprechenden Produkte, die der Gemeinderat auch schon als zweckmäßig erachtet hat, versuchen gemeinsam mit den Organisationen des Landes und Kulturservicegesellschaft möglichst gut und zielgerichtet im Rahmen der Ressourcen umsetzen. Bitte um Annahme dieses Berichtes (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Kultur- und Sportausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Berichterstatterin: GRin. Rücker

NT 7) A 8 – K 71/2004-1

Kultur Service GesmbH, Fortschrittsbericht; Stand November 2004

GRin. **Rücker**: Der Fortschrittsbericht mit dem Stand November 2004 zur Kulturservice GmbH. Der Gemeinderat hat am 22. April 2004 den Auftragt erteilt, über den bestmöglichen Vorschlag zu verhandeln, wie die organisatorische und gesellschaftliche Form umgesetzt werden kann, damit die Graz 2003 Organisations GesmbH mit der Kulturservice GesmbH des Landes fusioniert werden kann. Kurz gefasst, diese Verhandlungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelungen. Das Land ist auf die Bedingungen der Stadt nicht eingestiegen, es konnte keine Vereinbarung darüber erzielt werden, dass die Stadt gleichberechtigt und partnerschaftlich in dieser Fusion einsteigen kann, deswegen wird jetzt der Antrag gestellt, dass der Gemeinderat beschließen wolle, der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen, die Gespräche mit dem Land Steiermark zur Fusionierung der beiden Kulturgesellschaften sind zu beenden und die Finanz- und Vermögensdirektion wird beauftragt, den Weiterbetrieb der Murinsel und die Nutzung der sonstigen bestehenden Vermögenswerte der Graz 2003 GmbH der ursprünglichen Zielsetzung entsprechend und in möglichst kostengünstiger Form sicherzustellen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gespräche mit dem Land Steiermark zur Fusionierung der beiden Kulturgesellschaften sind zu beenden und die Finanz- und Vermögensdirektion wird beauftragt, den Weiterbetrieb der Murinsel und die Nutzung der sonstigen bestehenden Vermögenswerte der Graz 2003 GmbH der ursprünglichen Zielsetzung entsprechend und in möglichst kostengünstiger Form sicherzustellen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich schließe mich den Worten des Kulturstadtrates an, auch aus meiner Sicht wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land wünschenswert gewesen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass wir auch entsprechend unsere Vorstellungen einbringen können. Das Fortführen von 2003

ohne die 2003-Gesellschaft- insbesondere ohne die Murinsel, schiene mir doch sehr zweifelhaft mit Erfolg durchzuführen gewesen. Außerdem meine ich, dass wir bei den Vermögenswerten und auch bei den anderen Inhalten, die wir einbringen hätten können, doch darauf zu achten haben, dass die Position der Stadt Graz entsprechend stark vertreten werden kann. Eine Minderheitenbeteiligung hätte das nicht gewährleistet und ich möchte nur noch einmal sagen, auch, weil der Herr Geschäftsführer, der sonst nicht einmal ein direkter Geschäftsführer einer direkten Tochter des Landes ist, eher abfällige Worte gefunden hat, dass ich (Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke) mir auch ein bisschen mehr Professionalität auf der anderen Seite in diesem Zusammenhang gewünscht hätte. Ist leider nicht eingetreten, ich teile die Auffassung vom Kulturstadtrat, dass wir trotzdem eben auf anderer Ebene eine Zusammenarbeit suchen werden. Was die 2003 GmbH selbst angeht, habe ich der Finanzdirektion den Auftrag gegeben zu prüfen, ob meine Auffassung in dieser Form auch aufrecht zu erhalten ist zu einem längeren Zeitraum, nämlich, dass wir eine Haftungseinschränkung durch die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wahrnehmen können, die in sinnvoller Art und Weise fortgeführt werden sollte in diesem Fall, dann allerdings mit einer absoluten Minimierung jeden Aufwandes, sodass wir also keine gesonderten weiteren Aufwendungen oder Kosten haben. Vielleicht finden wir noch eine Verwendung für die 2003 Gesellschaft als Mantel, die uns in diesem Sinne auch sinnvoll erscheinen kann (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag 12) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag NT 7) wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Immer wenn Politikerinnen und Politikern mit Herzblut bei der Sache sind, ob sie in der Bezirks-, in der Gemeinde- oder in der Stadtratsebene ist, kehren sie immer wieder mit Neugierde in den Gemeinderatssaal zurück und ich darf zwei Kolleginnen und Kollegen, in dem Fall eine Kollegin und einen Kollegen ganz, ganz herzlich auf der Galerie begrüßen.

Ich begrüße Frau Bezirksvorsteherin Sieglinde Würger und Herrn Gemeinderat Mandl außer Dienst ganz, ganz herzlich (*allgemeiner Applaus*). Und jetzt ist noch jemand hereingekommen, aber der steht ja auch im Dienste der Stadt Graz, aber ich begrüße ihn trotzdem, Herrn Klubobmann und Gemeinderat außer Dienst Sepp Milla, aber er ist nicht auf der Zuhörergalerie.

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

4) A 6 – 002409/2003-0005 Kinderbüro Graz
Vertragsauflösung mit dem Verein Kinderbüro Graz

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Stück beinhaltet den Antrag auf Vertragsauflösung mit dem Verein Kinderbüro Graz. Ausgehend von der Steirischen Plattform für eine kinderfreundliche Gesellschaft wurde das Kinderbüro Graz im Juni 1998 mit Initiative der Stadt Graz und mit Initiative der Jugendstadträtin als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche gegründet. In den sechseinhalb Jahren des Bestands wurden viele Akzente seitens des Kinderbüros gesetzt, in der Bildungsarbeit mit einer nunmehr schon seit mehreren Jahren laufenden Vortragsreihe, in der Bewusstseinsbildung vor allem auch in den Bereichen kinderfreundliche Verkehrs- und Stadtplanung, beim kindergerechten Wohnen und speziell im Bereich und im Einsatz für Kinderrechte. In diesem Zusammenhang ist allen, die an diesem Prozess für mehr Kinderfreundlichkeit der Stadt mitgearbeitet haben, vor allem den Mitgliedern im Trägerverein, den Vorstandsmitgliedern, aber ganz an vorderster Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kinderbüros, die ja heute auch hier bei uns im Gemeinderatssitzungssaal sind, Dank und Anerkennung auszusprechen (*allgemeiner Applaus*). Im Rahmen der Aufgabenkritik und der gesetzten Einsparungsziele wurden alle Projekte der Stadt ohne Tabus, wie es im diesbezüglichen Stück beschlossen wurde, überprüft und im Verhältnis zum engeren Auftrag der Kommune abgewogen. Der Wegfall einzelner Projekte sagt nichts darüber aus, dass damit die Qualität der Arbeit im direkten Sinne anzuzweifeln wäre. Es bedeutet nur, dass sich die Kommunalverwaltung bei der Budgetkonsolidierung stärker auf ihre Kernaufgaben

konzentrieren muss. Leider ist es eben im Zuge dieser Einsparungsmaßnahmen notwendig, nun diesen Antrag auf Vertragsauflösung mit dem Verein Kinderbüro Graz einzubringen. Erfreulicherweise steht aber ins Haus, dass die Jugendlandesrätin Edlinger-Ploder in Aussicht gestellt hat, hier einzuspringen, das Kinderbüro arbeitet meinen Informationen nach gerade auch an einem Konzept, um hier die Rahmenbedingungen zu klären, unter denen die Arbeit des Kinderbüros wahrscheinlich ausgeweitet auf das Land Steiermark fortgeführt werden kann. Der Kinder- und Jugend- und Familienausschuss stellt nunmehr auf Grund eines Beschlusses in der letzten Sitzung mehrheitlich an den Gemeinderat folgenden Antrag: Die mit 18. 3. 2004 abgeschlossene Förderungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Verein Kinderbüro Graz wird unter Verweis auf die im Vertrag vorgesehene Klausel in Pkt. VI zum 31.12.2004 mit Wirksamkeit vom 1.7.2005 aufgelöst.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Familien, Kinder, Jugendliche und Frauen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die mit 18. 3. 2004 abgeschlossene Förderungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Verein Kinderbüro Graz wird unter Verweis auf die im Vertrag vorgesehene Klausel in Pkt. VI zum 31.12.2004 mit Wirksamkeit vom 1.7.2005 aufgelöst.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsch übernimmt um 15.20 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil für uns ist es unverständlich, für uns schließt sich heute wieder einmal der Kreis beginnend bei der Schule Ries, über Wielandschule, andere Schulen und bis zum Kinderbüro, dass man einfach hergeht und Investitionen, und ich glaube, das ist die beste Investition, die eine Stadt treffen kann, ist einmal eine

Investition in Jugend und in Kinder, und dass man hergeht und mit einem Federstrich dieses doch sehr erfolgreiche Büro schließt. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, wir können dem nicht zustimmen, weil wir einfach glauben, dass es viele andere Einsparungsmöglichkeiten in der Stadt gibt und mir kommt es jetzt so vor, dass jetzt der große Kahlschlag beginnt und man fängt jetzt dort an, wo die geringste Lobby ist, nämlich wo es die wenigsten Vertreter gibt, nämlich bei den Kindern, dass man hier beginnt, einen Kahlschlag durchzuführen und versucht, hier einzusparen. Das ist unserer Meinung nach Sparen am falschen Fleck und wir bitten noch einmal vielleicht die anderen Fraktionen, sich das auch zu überlegen dann, ob man hier nicht doch einen Weg finden könnte, dieses Büro auch von Seiten der Stadt, dass natürlich das Land, das ist immer nur eine Frage, vielleicht einspringt, was ist, wenn das Land nicht einspringt, dass man in Überlegung zieht, diese erfolgreiche Arbeit weiterzuführen, weil, wie gesagt, das ist eine Investition in die Jugend und was Besseres können wir als Kommunalpolitiker nicht tun, als unsere Jugend zu fördern. Ich bitte, diesen Antrag noch einmal zu überlegen. Danke.

GRin. **Jahn**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn sich einige immer ärgern, wenn die Grünen was sagen. Auch bei diesem Thema kann ich es Ihnen nicht ersparen, die Kritik, die wir an diesem Stück haben. Wie Ihnen eh hinlänglich bekannt sein sollte, sprechen wir uns natürlich gegen die Schließung des Kinderbüros aus, wir sehen das, was das Kinderbüro leistet, nämlich gerade eine jener Kernaufgaben, die die Stadt hat. Nämlich sich mit den Wünschen und Bedürfnissen und mit den Träumen und auch mit den Rechten von Kindern auseinander zu setzen und auch dafür zu sorgen, dass für sie ein Lobbying betrieben wird, dass das dann auch in den Beschlüssen des Gemeinderates und in der Stadtregierung seinen Niederschlag findet. Und für uns ist schon sehr bedenklich, wenn man vor ein paar Monaten noch ein sehr blumiges, wirklich gut ausgearbeitetes Konzept vom Kinderbüro, eben die Leitlinien für eine kindergerechte Stadt hier beschließen, wo alle verkünden, ja Kinderrechte, das ist total wichtig und wir müssen mehr tun für unsere Kinder in der Stadt, wir sehen die Abwanderung aus Graz, wir wollen ja, dass mehr Familien auch wieder nach Graz ziehen mit ihren Kindern, ja wir beschließen das, wir finden das total super, dass für Kinder was getan wird und vier

Monate darauf, nein das Kinderbüro, das ist jetzt eigentlich eine der ersten Einrichtungen, die uns einfällt, die wir im Zuge der Aufgabenkritik jetzt gleich einmal wegstreichen. Das ist für uns eine Vorgehensweise, die sicherlich nicht die Unterstützung findet. Mir ist schon klar, dass jetzt seitens gerade der ÖVP und der SPÖ argumentiert wird, dass es ja Gespräche, Gott sei Dank, mit der Landesebene gibt, dass da Versuche von Cofinanzierung, Ganzfinanzierung vom Land gibt. Ich persönlich habe da nicht so viel Vertrauen, dass das wirklich hinhauen wird, ich kann mir nicht vorstellen, dass das funktionieren wird. Vor allem, wenn die Stadt Graz nicht zumindest sich zu einem Drittel an der Finanzierung beteiligt, das kann ich mir wirklich nicht vorstellen. Ich wünsche mir, dass das anders kommt, glauben tue ich das nicht. Ich finde es besonders schade, dass das Kinderbüro eingespart wird, vor allem auch deswegen, weil erst vor kurzem vom Kinderbüro ein Projekt für Kinderbeteiligung, nämlich das Kinderparlament ausgearbeitet worden ist und wir ja wissen, dass Graz sich auch für die nächsten Jahre einen Schwerpunkt in Beteiligung von Grazerinnen und Grazern gesetzt hat und wir uns natürlich jetzt schon vorstellen können, was mit diesem Kinderbeteiligungsprojekt passieren wird. Nämlich gar nichts mehr, es ist ausgearbeitet worden und wahrscheinlich völlig umsonst, weil es niemanden mehr geben wird, der dann auf die Umsetzung des Projektes schauen wird.

GR. **Perissutti**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es ist sicherlich keine lustige Aufgabe als Gemeinderat, auch als Vertreter der Jugend, somit auch der Kinder, als Mitglied des Ausschusses für Kinder und Jugendliche hier zu stehen und mit der Tatsache konfrontiert zu sein, dass wir massive Einsparungen in dieser Stadt haben, die jetzt auch natürlich in Richtung Kinder, in Richtung Kinderbüro gehen, bezugnehmend auf das vorliegende Stück, wo es um die Schließung des Kinderbüros geht. Das Kinderbüro wurde vor sieben Jahren gegründet, unter Stadträtin Kaltenbeck gegründet, eine einzigartige Einrichtung österreichweit, wirkliche Vorreiterrolle haben wir in Graz da übernommen und wir haben jetzt die Situation, dass die Frau Stadträtin Kaltenbeck natürlich auch Prioritäten setzen muss in ihrem Ressort, sie hat die Sparvorgaben Gott sei Dank zu zwei Dritteln nicht erfüllen, wenn man davon ausgeht, dass 3,2 Millionen Vorgabe war und nur 1,3

Millionen erfüllt werden konnten, muss man dazusagen, weil wir einfach da über einen Bereich sprechen, der sehr sensibel ist, wo es um die kommunalen Verantwortungen in dieser Stadt geht, die aufrecht erhalten werden müssen, wo es darum geht, die Grazerinnen und Grazer, die von sozialer Not betroffen sind, entsprechend zu versorgen und irgendwann einmal werden wir da herinnen aufhören müssen, Polemik zu betreiben, sondern der Tatsache, dass wir keine Mittel mehr haben, ins Auge schauen müssen. Dass das jetzt natürlich das Kinderbüro trifft, das tut mir sehr Leid. Ich könnte da nicht so leicht drüber sprechen und sagen, ja gut, ich kann diesem Antrag, diesem Bericht an den Gemeinderat zustimmen, wenn ich nicht wüsste, dass das Land einspringt. Wenn ich nicht wüsste, dass wir in dieser wirklich schlimmen Situation für Graz auch für das Grazer Kinderbüro so gar nicht Möglichkeit hätten, diesen positiven Gedanken, der durch das Kinderbüro überhaupt erst ermöglicht wurde, noch viel mehr zu erweitern. Weil was beabsichtigt ist, was hier herinnen auch noch keiner gesagt hat, ist auch, die Leistungen des Kinderbüros steiermarkweit auszubreiten und das sind für mich schon Ansätze, wo ich denke, ok, es ist vielleicht nicht optimal und es ist nicht das Beste, was wir da herinnen in der le5zten Zeit beschlossen haben oder beschließen werden, sondern es gibt zumindest noch ein bisschen ein Licht am Ende des Tunnels und es ist jetzt einmal bis zum Jahr 2005, also 07/2005, das Kinderbüro in Graz über die Grazer Mittel abgesichert und danach wird es vom Land weitergeführt. Das macht mir es ein bisschen leichter und deswegen ersuche ich auch alle da herinnen, die bereit sind, die Verantwortung auch im Endeffekt für die Finanzmittel in dieser Stadt zu übernehmen, diesem Stück zuzustimmen, so schwer es uns auch fallen wird und alle anderen, die versuchen, damit billige Politik zu machen, Herr Korschelt, Sie haben sich noch nie wirklich ausgezeichnet, dass Sie sich um die Anliegen der Kinder gekümmert haben, und sich auf das Thema jetzt draufzusetzen, halte ich für ein bisschen vermessen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Ein paar Gedanken zu dem heutigen Stück. Vielleicht zuerst einmal allgemein darf ich für mich persönlich zum Ausdruck bringen, dass ich denke, heute dieser Gemeinderat hat den großen Vorteil, dass wir einmal auch über die richtigen Themen sprechen.

Wir haben sehr oft eine Menge von dringlichen Anträgen, die gar nicht unseren Wirkungsbereich betreffen, heute sprechen wir bei einem Stück, bei dem sich bei der Vorbereitung, glaube ich, es sich niemand leicht getan hat, auch hier vor der Beschlussfassung noch einmal darüber, ich bin froh, dass wir heute einmal über die richtigen Stücke sprechen. Nämlich Dinge, die wirklich den Verantwortungsbereich der Stadt Graz betreffen (*Applaus ÖVP*). Zweitens ist schon gesagt worden, dass die Aufgabenkritik sicherlich kein Projekt ist, das irgendjemand mit Euphorie angegangen ist oder angeht. Es ist ein Projekt, bei dem alle mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und auch mit Verantwortungsgefühl Entscheidungen vorbereiten mussten und treffen mussten und wo es jetzt darum geht, bei der Umsetzung noch einmal genau hinzuschauen, was bedeutet das jetzt konkret für die Betroffenen und vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und wie kann man aus den getroffenen Entscheidungen das Beste machen. Und als dritter Punkt darf ich heute ausnahmsweise, was ich sonst eigentlich vermeide, auf meine berufliche Funktion zu sprechen kommen, weil ich denke, es ist vielleicht ganz gut, wenn ich auch hier in diesem Raum und auch noch einmal vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kinderbüros sage, was sozusagen auch mein beruflicher Auftrag ist. Ich habe diesbezüglich mit der Vorsitzenden des Ausschusses und auch mit der Frau Stadträtin gesprochen, damit einfach auch Transparenz herrscht, weil es so schnell geheißen hat, das Land übernimmt einfach das Kinderbüro und wird es in irgendeiner Form weiterführen. Was heißt das konkret? Konkret heißt das, dass die Vertragsauflösung ja heute hier beschlossen werden soll mit Wirkung Sommer 2005. Das heißt, es ist glücklicherweise ein paar Monate Zeit, auch konkret vorzubereiten. Man wäre fast versucht zu sagen, es ist ein glücklicher Zufall, dass das Land sagt, und zwar die Jugendlandesrätin, dass es einer Form der Weiterführung geben wird, es ist aber kein Zufall. Weil ich sagen muss, dass das Kinderbüro, dessen Tätigkeit hier in diesem Haus immer wieder positiv hervorgehoben worden ist, ja immer wieder auch auf der Suche war nach möglichen Mitfinanziers, nach möglichen weiteren Partnern für seine Tätigkeit, dieser Verleihung des Kinderrechtspreises am 18. November ist ein Auswuchs davon, da arbeitet das Kinderbüro bereits jetzt mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes sehr eng zusammen und es gab konkret im Sommer des vorigen Jahres ein Gespräch mit der Frau Jugendlandesrätin, bei dem ich mit dabei war, wo es zum Beispiel darum ging, vielleicht EU-Mittel zu lukrieren, um Kinderbeteiligung in europäischen Städten zum

Thema zu machen, über Graz hinaus, das heißt wirklich, dass der Modellcharakter des Grazer Kinderbüros hinauswirken sollte über die Stadt Graz. Als dann klar war, dass im Zuge der Aufgabenkritik es zu dieser Vertragsauflösung kommen wird, hat sich nicht nur Bernhard Seidler daran erinnert, sondern natürlich auch das Land Steiermark, dass es Überlegungen gab, vielleicht mittelfristig beim Land so etwas wie ein Kinderkompetenzzentrum zu schaffen und ich habe eben als Leiterin der Fachabteilung, die dafür zuständig ist, den Auftrag, Vorgespräche zu führen mit Bernhard Seidler. Er arbeitet momentan an einem Konzept. Ich muss dazusagen, genau die Form und die Rahmenbedingungen sind noch nicht klar, aber wir werden uns bemühen, dass dort, wo es Synergien gibt, die bestehen vor allem auch mit der Jugendinformationsstelle und bestehen mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dass man zu einer gemeinsamen guten Lösung kommt. Was das konret heißt, wissen wir noch nicht, aber ich werde in meiner Funktion als Landesbeamtin sehr gerne auch die Stadt Graz darüber informiert halten und vor diesem Hintergrund denke ich, ist die heutige Maßnahme, die auf jeden Fall weh tut, eine, wo wir wissen, dass im Hintergrund zumindest an einer Auffanglösung gearbeitet wird. Das war mir heute einmal wichtig, das einfach noch erklärend dazuzusagen und wie gesagt, von meiner Seite wird diese Information auf jeden Fall erfolgen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Als KPÖ sprechen wir uns eindeutig dagegen aus, dass das Kinderbüro, also dass der Vertrag nicht weiter verlängert wird. Wir setzen andere politische Prioritäten und dazu gehört, dass man diesen Bereich auch weiterhin absichern soll. Das Kinderbüro ist eine Schaltstelle, eine ganz wichtige, die entscheidende Arbeit geleistet hat und es hat sich um das Büro und in Zusammenarbeit mit dem Büro ein breites Netzwerk entwickelt und ich sehe die Gefahr, dass Strukturen dadurch auch zerstört werden, wenn das Kinderbüro in der Form nicht weiter finanziert wird. Bezüglich meiner Vorrednerin, was die Absichten des Landes anbelangt, dann sind es für mich auch nur Absichten. Es ist für mich irgendwie noch nicht klar, in welcher Form, wie soll die inhaltliche Arbeit weiter umgesetzt werden können, wie soll die Struktur dann weiterhin ausschauen und Absichtserklärungen sind für mich immer sehr, sehr unsicher. Aus diesem Grund möchte ich nicht, dass wir uns als Stadt aus dieser Verantwortung

zurückziehen und dass das Kinderbüro nicht mehr in der Form weiter bestehen kann (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker**: Das Kinderbüro, die Schulen, diese Einzelbeispiele fürs Zusperren und Einstellen von städtischen Leistungen sind, denke ich mir, ein ganz wichtiger Anknüpfungspunkt, um noch einmal ganz grundsätzlich zu deponieren, was uns an der Aufgabenkritik einfach nicht gefallen hat. Die Aufgabenkritik wäre die Chance gewesen, in dieser Stadt herzugehen und ressortübergreifend zukunftsorientiert trotz allen Spardrucks Schwerpunkte und Ziele zu definieren. Wir haben uns in der letzten Zeit oft damit beschäftigt und wir hören es auch immer wieder, wie Abwanderung funktioniert und wie durch Abwanderung diese Stadt ausbluten könnte, wenn es weiter so geht und da ist zum Beispiel das Thema Kinder in der Stadt, kinderfreundliche Stadt Leben mit Kindern in der Stadt, meiner Meinung nach eine Prioritätensetzung, die es wert wäre, auch ressortübergreifend zu behandeln, weil eine Stadt, die nicht dafür sorgt, dass Menschen mit Kindern hier leben, sich selbst ihre Grundlagen entzieht. Also von dem her, denke ich mir, ist es eben eine übergreifendere Frage als nur die Frage eines Ressorts. Und bei aller Hochachtung, die ich auch dir, Tatjana, entgegenbringe, dass du in deinem Ressort sehr behutsam umgegangen bist und dass du sehr viel nicht umgesetzt hast von dem, was noch auf der Liste steht, möchte ich für die Zukunft schon einmahnen, dass es über die Aufgabenkritik noch einmal grundsätzlicher zu diskutieren sein wird. Denn als Nächstes kommen die anderen Projekte und es kommen lauter einzelne Strukturen, die dann einzeln abgehandelt werden, aber letztlich höhlen wir eine Substanz aus, weil es hier nicht geschafft wurde, ressortübergreifend zu denken. Die Beamten und die Beamtinnen haben in der Aufgabenkritik ihre Aufgabe erfüllt, die Politik hat sie nicht erfüllt, sie hat sich nicht den Kopf darüber zerbrochen, wohin diese Stadt gehen soll und wohin diese Zielsetzung geht und wohin sie übergreifend geführt werden muss. Dass kannst nicht ressortspezifisch abhandeln und projektspezifisch. Die nächsten Projekte stehen auf der Liste, wir werden nächstes Jahr die Diskussion weiterführen und wenn wir sie so abhandeln, dann entziehen wir uns alle miteinander den Boden in dieser Stadt und das möchte ich hier noch einmal deponieren und es

ist unsere Grundkritik an der Aufgabenkritik und die bleibt aufrecht, weil sie an diesem Beispiel so schön abzulesen ist.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ich möchte mich auf die Wortmeldung der Lisa Rücker eigentlich noch einmal zu Wort melden, sonst hätte ich jetzt nichts gesagt. Es ist klar, dass dieser Prozess schon allein deshalb, weil er erstmalig in Österreich stattfindet, ein schwieriger Weg ist und es ist nicht auszuschließen, dass wir alle auf diesem schwierigen Weg auch den einen oder anderen Fehltritt machen. Uns als Stadtregierung insgesamt abzusprechen, dass wir das in dem Versuch tun, gut abgewägte Schritte zu machen und richtige Entscheidungen zu treffen, wäre ungerecht und falsch. Ich möchte jetzt nur einmal sagen, weil ich es aus meinem Ressort weiß, ich habe Einsparungsvorschläge weit über das, was mir vorgeschrieben wäre, ressortzuständig gemacht. Und ich habe sie beibehalten und nicht zurückgezogen in der Diskussion. Und auch in Bereichen, die mir sehr, sehr schwer fallen als Sozialdemokrat und für die ich in der Vergangenheit gestanden bin, ich weiß, dass es anderen Kolleginnen und Kollegen ähnlich gegangen ist. Und uns zu unterstellen, irgendjemand würde eine dieser Maßnahme, es sind viele Maßnahmen, die spürt niemand, die tun niemandem weh, die sind völlig in Ordnung. Aber es gibt auch viele, die schmerzhaft sind, das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Dass wir einen dieser Schritte nicht überlegt tun würden, da muss ich sagen, das stimmt einfach nicht und es stimmt auch nicht, dass nicht ressortübergreifend gedacht worden ist, weil sonst hätte ich es mir leicht machen können, ich müsste die städtischen Gesellschaften nicht unter Druck setzen und es vergeht kein Tag, an dem ich nicht mit zwei oder drei Aufsichtsratsvorsitzenden oder Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern Gespräche darüber führe, wie sie das in ihren Gesellschaften umsetzen sollen, was ich ihnen als Ziel vorgebe. Und dann sage ich, es gibt andere Bereiche und Kollegen, die haben in ihrer Verantwortung sich entschieden, Schulstandorte zu schließen, es gibt Kolleginnen, die sich entschieden haben, bestimmte Förderungen nicht mehr auszuzahlen und niemand von uns tut es aus Übermut oder Dummheit, sondern deshalb, weil wir zuwenig Geld haben, das ist die Wahrheit. Und das Problem wäre mit einem Schlag gelöst, wenn uns die übergeordneten Gebietskörperschaften das Geld zur Umsetzung unserer

Aufgaben geben würden, sie tun es nicht. Und es wundert mich nur, und jetzt komme ich an einen früheren Punkt dieser Diskussion heute zurück. Als ich darüber gesprochen habe, wie der Finanzausgleich ausgegangen ist, hat es kaum jemanden interessiert, jetzt, wo es darum geht, dass wir tatsächlich Einschnitte vornehmen, die Kolleginnen und Kollegen spüren werden und die sinnvolle Einrichtungen der Stadt nicht nur in Gefahr bringen, sondern möglicherweise auch zur Schließung sinnvoller Einrichtungen bringen und oben stehen Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar auch mit ihrem Arbeitsplatz betroffen sind. Da ist die Diskussion dann natürlich da, weil da lässt sich relativ leicht, und das ist kein Vorwurf, den ich dir mache, ganz bestimmt nicht, aber es lässt sich natürlich relativ leicht politische Kleingeld draus schlagen, dass diese Maßnahmen notwendig sind. Niemand hat sich darüber aufgeregt, als wir in der vergangenen Periode drüber diskutiert haben, wie der Hauptplatz ausgestattet wird und dass wir da Lampen haben, die in Wirklichkeit das Drei- bis Vierfache dessen kosten, was eine normale Hauptplatzlampe kostet. Darüber war man sich einig, das wollen wir alles haben, jetzt zahlen wir die Rechnung dafür, dass wir Investitionen gemacht haben und manchmal wohl auch falsche Investitionsentscheidungen getroffen worden sind, auch gegen meine Stimme Investitionsentscheidungen getroffen worden sind. Das muss man einmal vor Augen haben und das muss man ganz ehrlich und transparent hier und heute sagen. Wer heute aber nicht den Schritt macht zur Sanierung des Budgets, der ist verantwortlich dafür, dass morgen oder übermorgen möglicherweise keine einzige, und zwar ohne, dass man sich irgendetwas überlegen kann, wo man Schwerpunkte setzt, keine einzige Subvention mehr ausgezahlt werden kann, weil wir schlicht und einfach das Geld dafür gar nicht mehr bekommen. Und wer die Ernsthaftigkeit dieser Debatte versteht, der wird auch sehen, dass es wahrscheinlich ein leichtfertiger Vorwurf ist zu sagen, hier wurde einfach mit einer Rasenmähermethode über alle Ressorts drübergegangen. Das stimmt de facto überhaupt nicht (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt fast zehn Jahre hier in dieser Funktion tätig und ich habe jetzt diese zehn Jahre ein bisschen Revue basieren lassen und insbesonders mich gerade in den letzten Tagen und auch jetzt in den Minuten in der Diskussion und schon davor erinnert an jenen Tag im Jahr 1998, als wir hier herinnen die Begründung des Kinderbüros beschlossen haben. Es war damals kein einfacher Weg, wir haben um vieles gerungen, aber es war letztendlich ein einstimmiger Beschluss und ich war damals sehr stolz darauf, ich war stolz darauf, dass wir, damals habe ich gedacht, erste Stadt, nicht geahnt, dass wir auch die einzige bleiben werden, als erste Stadt in Graz eine solche Einrichtung schaffen können. Also, was möchte ich damit sagen, ich möchte damit vor allem der Frau Kollegin Jahn antworten, wenn sie meint, bei allem Respekt vor dir, aber wenn du meinst, wir gehen da her und streichen mit einem Federstrich eine wichtige Einrichtung und wir machen uns die Entscheidung leicht, so möchte ich dir, nicht nur aus meiner Sicht, sondern aus der Sicht aller, die hier mitüberlegt, mitgedacht und viele Stunden für diese Entscheidungen verbracht haben, schlicht und einfach widersprechen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht und ich habe mir keine einzige Entscheidung im Rahmen dieser Aufgabenkritik leicht gemacht. Wir haben viele Entscheidungen, und ich auch in meinem Bereich, immer wieder gewendet, hin- und hergedreht, zurückgenommen, wieder eingebracht, aber Faktum ist, wir hatten einen Gemeinderatsbeschluss und der Gemeinderatsbeschluss gab die Vorgaben für die Ressorts zu den Einsparungen. Und mir war schon immer klar, dass lineare Einsparungen nicht gerecht sind, ich habe das auch mehrmals gesagt. Aber sie sind auch nicht in dem linearen Ausmaß erfolgt, wie manche das jetzt darzustellen versuchen. Mir ist es gelungen, und darüber bin ich sehr froh, sowohl im Bereich meines Sozialamtes, in der Sozialpolitik, als auch im Jugendamt klar zu machen und zu überzeugen, dass es nicht möglich ist, alle Einsparungen oder das gesamte Einsparungspotential zu erbringen, ohne einen sozialen Kahlschlag zu bewirken. Also mein großes Interesse war, genau das zu verhindern, einen sozialen Kahlschlag. So schwierige Zeiten sind natürlich genau diejenigen Zeiten, wo man an Weggabelungen steht und wo man sich sehr genau überlegen muss, wo setze ich denn jetzt meine Priorität und natürlich kann jede und jeder von Ihnen sagen, die Priorität war falsch gesetzt. Und natürlich haben alle diejenigen Recht, die sagen und die dazu nicken, und ich habe oft genug davor gewarnt auch in Stadtregierungssitzungen, auch in Stadtsenatssitzungen, auch hier an diesem Platz,

dass wir manche Ausgabe in den letzten Perioden getätigt haben, die nicht notwendig gewesen wäre, die vor allem nicht wirklich zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen beigetragen hat und die auch nicht in die Zukunft gerichtet. Aber nichtsdestotrotz, ich musste Parameter, ich musste Kriterien für meine Entscheidungen treffen und ich habe meine Entscheidung so getroffen und sie ist dann mehrheitlich auch so angenommen worden bei unseren Überlegungen, das heißt eigentlich einstimmig, ich habe mir gesagt, natürlich ist Lobbying wichtig und notwendig und natürlich hat das Kinderbüro ausgezeichnete Arbeit gemacht, wofür ich in diesen Jahren sehr, sehr dankbar war und wir haben wunderbar zusammengearbeitet, aber letztendlich habe ich mich entschieden zu sagen, es gibt so viele Menschen und Familien in dieser Stadt, die sind von besonderer direkter Not betroffen. Die stehen unter besonderen ganz schwierigen und zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingungen. Und sie alle fallen in meinen Ressortbereich, angefangen von den Pflichtausgaben bis hin zu jenem kleinen winzigen Ermessensbereich, den ich ja tatsächlich habe, und dieser kleine winzige Ermessensbereich bezieht sich auf die Projekte, unter anderem auf die zwei Projekte, die meine Herzensprojekte waren, das Kinderbüro und das Jugendtaxi. Und damit Sie verstehen, was ich meine, wenn ich sage, mir ist es darum gegangen, die direkten Angebote für Familien, die besonders benachteiligt sind, die randgruppengefährdet sind, die sich vieles nicht leisten können, was sich andere leisten könne, die kämpfen müssen um ein Stück Lebensqualität, dass ich zu diesen Angeboten besonders sorgsam hinschaue und diese Angebote eben in besonderer Weise schütze. Ich möchte Ihnen einfach nur ein Beispiel nennen und ich glaube, Sie werden mir Recht geben, auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn ich Ihnen die Beispiele nenne, dass Sie sich auch sehr schwer getan hätten und möglicherweise meinen Überlegungen folgen können. Denn was waren meine Alternativen? Ich weise noch einmal darauf hin, dass ich mich zu einem großen Bereich im Pflichtbereich der Jugendwohlfahrt bewege und dort überhaupt nicht sparen könnte ohne Pflichtverletzungen. Die Alternative war die gänzliche Rücknahme des gesamten Tarifmodells in den privaten und öffentlichen Einrichtungen, was bedeutet hätte, dass wieder viele Eltern keine Möglichkeit gehabt hätten, kostengünstige Plätze für ihre Kinder in der Stadt Graz zu finden. Das hätte zwei wesentliche maßgebliche Folgen, die Bildungseinrichtung Kindergärten könnten sich nur noch die Wohlhabenden leisten, und ich bin davon überzeugt, dass

Kindergärten eine Bildungsinstitution sind, und es hätte vor allem auch die Folge gehabt, dass in einer Situation, wo die Frauenerwerbslosigkeit ohnehin dramatisch ansteigt, die Rahmenbedingungen für Frauenerwerbsarbeit sich immer verschlechtern, noch eine zusätzliche Verschlechterung dazugekommen wäre, nämlich der Mangel an Angeboten an Kinderbetreuungsplätzen. Dieses direkte Angebot für die Förderung von Kindern und Unterstützung von Familien, vor allem bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie musste ich dem anderen vorziehen. Ich sah keine andere Möglichkeit für mich, ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Eine weitere Alternative war die Reduzierung von 20 Kinderbetreuungsgruppen in unseren städtischen Kindergärten, das hätte dieselbe Folge gehabt. Eine andere Überlegung war, eine andere Maßnahme der Wegfall der Ferienbetreuung in den Sommer- und Weihnachtsferien und Osterferien. Sie alle wissen, manche noch genauer, weil sie in solchen Vereinen arbeiten, dass es hier um ein Angebot geht für die Kinder von Familien, die es sich nicht leisten können, mit ihren Kindern auf Urlaub zu fahren, so wie der Großteil noch, noch sage ich, der Grazer Familien. Und dieses Angebot ist gedacht für Kinder, für solche Kinder, die eben keine Möglichkeit haben, irgendwohin zu fahren, ihnen auch die Chance zu geben, woanders hinzukommen, Ferien zu haben. Natürlich kann man sagen, ich ziehe eine Urlaubsaktion dem anderen vor, aber da geht es auch um Lebenschancen, da geht es auch um Lebensqualität, da geht es auch darum, diesen Kindern zu sagen und zu zeigen, uns ist eure Teilhabe an einem kleinen Stückchen des Wohlstandes in unserer Gesellschaft wichtig, ich wollte darauf nicht verzichten, ich konnte darauf nicht verzichten. Ich will es nicht pathetisch sagen, aber es ist schlicht und einfach eine Notsituation für uns alle, und es ist eigentlich eine Situation, wo man fast in eine innere Not gerät. Und ich sage das deshalb so eindringlich, weil ich einfach nicht zur Kenntnis nehme, dass jemand sagt, wir haben es uns leicht gemacht und ich habe es mir leicht gemacht. Ich weise das wirklich auf das Entschiedenste zurück. Ein letztes Beispiel nenne ich noch, ich könnte mehrere nennen, das hätte ich alles auch noch einsparen müssen eigentlich. Die Streichung von Jugendstreetwork, jenes Jugendstreetwork, das am Jakominiplatz und auf anderen Plätzen im öffentlichen Raum, die Brennpunkte sind, zum Einsatz kommt. Bei dem Potential an Gefährdungen für alle Beteiligten, von denen wir heute hier diskutiert haben, hätte ich das nicht als verantwortlich gefunden. So, das waren meine Kriterien, das waren meine Parameter, die habe ich auch angesetzt im Bereich des Sozialamtes und jetzt muss ich schlicht und einfach sagen:

Ich bin der Frau Landesrätin Edlinger sehr dankbar dafür, dass sie sagt, sie springt in die Bresche, sie unterstützt uns, sie übernimmt das Kinderbüro, ja, meine Damen und Herren, wenn der Bund endlich bereit wäre mitzufinanzieren bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, wie es mit der seinerzeitigen Kindergartenmilliarde war, also jetzt würde ja Kindergartenmillion in Euro reichen, oder ein paar Kindergartenmillionen, um uns aus der schwierigen Situation zu helfen, dann würden wir über das alles überhaupt nicht zu diskutieren brauchen, aber wir müssen schon auch feststellen, manches war hausgemacht von dem, was unsere schwierige Situation ausmacht, aber der Großteil, das wissen gerade auch die Kolleginnen von der Opposition, weil ich mit ihnen ja oft genug rede, der Großteil ist einfach das Ergebnis der Tatsache, dass alle öffentlichen Haushalte ausgehungert werden und wir wissen, welche politischen Überlegungen dahinter stehen. Nur wenn ich auch hätte können mein Budget um 15 Millionen Euro nur im Ermessensbereich erhöhen, wie das der Frau Landesrätin Edlinger möglich war, dem Land geht es anscheinend besser oder es sind dort andere Prioritäten, ich weiß es nicht, dann hätte ich das alles auch nicht machen brauchen. Also gut, dort war es möglich, ich bin sehr froh, ich glaube auch, dass die Frau Landesrätin mit dem Kinderbüro und gemeinsam mit dir, Frau Gemeinderätin Fluch, ein gutes Konzept entwickeln wird, ich habe dem Kinderbüro auch zugesagt, auch im Ausschuss, die eine oder andere Projektförderung wird nach wie vor möglich sein, nach wie vor biete ich mich als Partnerin an und als Letztes möchte ich noch sagen, ich glaube nicht, dass jetzt Kinderrechte den Bach hinunterschwimmen, wie es einer der Redner oder eine der Rednerinnen gesagt hat, das glaube ich nicht. Weil ich sehr gut erleben konnte, wie das Kinderbüro Bewusstsein in diesen Jahren verändert hat und ich glaube daran, dass die Saat, die das Kinderbüro ausgestreut hat, diese humanitäre Saat mit dem klaren Blick auf Kinderrechte und Kinderbedürfnisse. Dass die noch nicht zur Gänze aufgegangen ist, aber noch weiter aufgehen wird. Das, was Ihr eingebracht habt in diesen Jahren, das bleibt, dieser Geist wird sich nicht verändern. Damit möchte ich euch auch sagen, wie großartig die Arbeit wahr, es war keine Entscheidung von Qualität oder nicht, es war für mich immer die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit und der Frage, wer braucht was am dringendsten und so habe ich meine Prioritäten gesetzt (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Das diese Entscheidung uns allen sehr schwer fällt und es sich niemand leicht macht, hat, glaube ich, auch die Diskussion hier heute jetzt im Gemeinderat gezeigt. Ich habe schon lange nicht mehr eine so lange Diskussion, wo es über weite Strecken auch so ruhig war und ein hoher Grad an Aufmerksamkeit gegeben war, erlebt und deute das schon als Zeichen einfach, dass hier sehr differenziert nachgedacht und diskutiert wurde, aber auch eben alle mit der Emotion und mit dem Herzen natürlich auch am Kinderbüro hängen und glauben Sie mir, es fällt mir nicht leicht, meine Rolle als Berichterstatterin heute hier auszuüben und als Berichterstatterin, als eine, die seit Anbeginn Mitglied in der Steuergruppe des Kinderbüros war, den Antrag mit der Bitte um Zustimmung stellen zu müssen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5), Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsystem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Frau Gemeinderätin Potzinger, der wir am heutigen Tag ganz, ganz herzlich zum Nachwuchs in der Familien, zum Großmutterdasein gratulieren wollen (*allgemeiner Applaus*).

Berichterstatterin: GRin. Potzinger

5) A 6 – 002631/2003-0037 — Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen zum einheitlichen Tarifsystem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen

GRin. **Potzinger**: Danke, vom privaten Familienglück wieder zur beruflichen Alltagsrealität. Wir haben in den letzten Jahren tatsächlich in dieser Stadt sehr viel für Kinder, Jugend und Familie erreicht. In guter Zusammenarbeit ist es zum Beispiel gelungen, wie die Frau Stadträtin schon erwähnt hat, das einheitliche Tarifsystem

auch auf private Kindergärten, Kinderbetreuungseinrichtungen auszuweiten und es ist dadurch gelungen, in hohem Maße dem Bedarf, der bei unseren Familien besteht, gerecht zu werden. Auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt ist es aber nicht möglich, weitere private Kinderbetreuungseinrichtungen ins Tarifsystem aufzunehmen, in das einheitliche Tarifsystem aufzunehmen, das ist ein vorläufiger Aufnahmestopp, den wir heute beschließen müssen, um nicht rechtswirksame Schwierigkeiten zu bekommen, wenn private Anbieter in naher Zukunft um Aufnahme ansuchen. Das heißt aber nicht, dass es für alle Zeiten einen Stopp der Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, sondern es gibt gemeinsame Bemühungen,ständig das System zu optimieren und auch in Zukunft bedarfsgerecht für alle Altersgruppen die Betreuungseinrichtungen in der Stadt Graz in guter Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Anbietern zu garantieren. Deshalb heute der Antrag auf vorläufigen Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen ins einheitliche Tarifsystem von städtischen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, der da lautet: Der Gemeinderatsbeschluss vom November 2001 in der derzeit geltenden Fassung vom März 2004 wird wie folgt geändert: Auf Grund der finanziellen Situation der Stadt Graz ist eine Aufnahme von neuen Einrichtungen in das bestehende einheitliche Tarifsystem derzeit nicht möglich. Dieser Beschluss tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Ich bitte um Annahme.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

NT 3) A 8 – 8/2004-39	Amt für Jugend und Familie, Projekt UMA; Projektgenehmigung über € 163.000,- in der OG 2005-2006
NT 4) A 6 – 002252/2003-0003	Rechtliche Vertretung von unbegleiteten minderjährigen AsylwerberInnen und Fremden (Projekt UMA) Projektgenehmigung für den Abschluss einer zweijährigen Vereinbarung mit der Caritas der Diözese Graz-Seckau

(Zeitraum vom1.1.2005 bis 31.12.2006)
Fipos 1.43900.728310 – Gesamtaufwand
maximal € 163.000,-

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es geht hier um eine Projektgenehmigung für die Jahre 2005 und 2006 in der Gesamthöhe von 163.000,- Euro. Die Caritas hat im Auftrag der Stadt schon seit 1998 die rechtliche und früher auch psychosoziale Vertretung von unbegleiteten minderjährigen Asylwerbern und –werberinnen durchgeführt. Die derzeit noch aktuelle Vereinbarung läuft mit Ende des Jahres aus. Seit der Bund-Ländervereinbarung, was die Betreuung von Migranten/Migrantinnen, Asylwerbern/-werberinnen betrifft, ist die psychosoziale Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen neu geregelt. Dennoch bleibt der Stadt nach wie vor die Pflicht auferlegt, als Jugendwohlfahrtsträgerin für die rechtliche Vertretung der unbegleiteten minderjährigen Asylwerbenden, diese rechtliche Vertretung quasi sicherzustellen. Das Amt möchte nun nach dem Bundesvergabegesetz eine Direktvergabe eben für zwei Jahre an die Caritas beantragen und ich darf im Namen des Voranschlags-, Liegenschafts- und Finanzausschusses und soll ich auch gleich im Namen des Jugendausschusses den Antrag stellen, in der OG 2005/2006 die Projektgenehmigung, Projekt UMA mit Gesamtkosten in der Höhe von 163.000,- Euro zu erteilen und diese Mittel in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt aufzunehmen.

Zu NT 3):

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG 2005-2006 wird die Projektgenehmigung „Projekt UMA“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 163.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2005	MB 2006
Projekt UMA	163.000	2005-2006	77.000	86.000

beschlossen.

Zu NT 4):

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Familien, Kinder, Jugendliche und Frauen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung zum Abschluss einer Vereinbarung betreffend das Projekt „Rechtliche Vertretung von unbegleiteten minderjährigen AsylwerberInnen und Fremden“ mit einem nach dem Bundesvergabegesetz zu beauftragenden Unternehmen für den Zeitraum 1.1.2005 bis 31.12.2006 mit einem maximalen Gesamtaufwand von € 163.000,- wird erteilt.

Der Anträge NT 3 und NT 4 wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Dr. Buchmann

11) A 15-K 165/1995	Projekt ECO&CO Neuorientierung und strategische Ausrichtung im Rahmen des EU-Programms Urban_Link Graz-West Förderzusage in der Höhe von € 150.000,- aus URBAN Mitteln (davon EU-Mittel in der Höhe von € 83.721,-) Gründungspaket Graz-West Fipos 5.78906.7750000 im Deckungskreis 15103

Dr. **Buchmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Wirtschaftsstrategie für diese Gemeinderatsperiode, die ja der Gemeinderat auch beschlossen hat, ist die Standortentwicklung eines von fünf Kerngeschäftsfeldern. Mit der Standortentwicklung soll der Wirtschaftsstandort Graz auf Basis seiner strategischen Geschäftsfelder positioniert werden. Ökotechnik und Energie ist eines der in dieser Kernstrategie definierten strategischen Geschäftsfelder. Es liegt uns jetzt ein Stück unter dem Titel Projekt ECO&CO Neuorientierung und strategische Ausrichtung im Rahmen des EU-Programms Urban_Link Graz-West vor; Ziel dieses Gemeinderatsantrages ist es, dass sich die Stadt Graz mit Mitteln der Europäischen Union und Mitteln der Stadt Graz an dieser Neustrukturierung des

Ökotechniknetzwerkes des ECO&CO-Clusters beteiligt. Die steirische Wirtschaftsförderung möchte diese Plattform zu einem Cluster zusammenführen und strategisch stärken. Dafür sind mehrere Standorte geprüft worden und die Stadt Graz wird diesen Cluster in der Stadt Graz erhalten und dafür sind die finanziellen Mittel, wie im Stück beschrieben, erforderlich. Wir haben nach langen Verhandlungen und intensiven Gesprächen uns darauf geeinigt, dass die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und das Umweltamt beauftragt werden, nach Vorliegen der Ergebnisse des Strategiefindungsprozesses eine nachhaltige Absicherung des Engagements der Stadt Graz zu prüfen, mit der Förderungszusicherung ist sicherzustellen, dass das Umweltamt und die Wirtschaftsabteilung in diesen Strategiefindungsprozess von ECO&CO eingebunden werden und dass gleichzeitig mit der Förderungszusicherung für die Stadt Graz die Option auf eine Beteiligung von mindestens 26 % an der neu zu gründenden Gesellschaft gegeben ist, soferne die Strategiefindungsphase ein positives Ergebnis bringt. Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und das Umweltamt werden beauftragt, über diese Beteiligungen Verhandlungen zu führen, die in eine Beteiligung der Stadt oder einer Tochtergesellschaft, wie beispielsweise das CPC, münden könnte. Ich glaube es ist ein gutes Stück für den Wirtschaftsstandort Graz, es sichert Arbeitsplätze im Grazer Westen und es signalisiert, dass wir unsere Wirtschaftsstrategie auch tatsächlich leben. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Die Steirische Wirtschaftsförderung GmbH (SFG) erhält einen Förderzuschuss für das Projekt „Öko Technik Netzwerk – ECO&CO“ in der Höhe von € 150.000,-.
2) Der oben angeführte Betrag wird von der Fipos 5.78906.775.000 „Kapitaltransfers an Unternehmungen“ auf das Konto der SFG mit der Kto.Nr. 20 14 10 177 005 bei der Hypo-Bank, BLZ 56000 zur Anweisung gebracht.
3) Die Auszahlung des Förderbetrages erfolgt zu gleichen Teilen erstmalig im Jänner 2005 und nach Berichtslegung seitens der SFG im Juni und Dezember 2005.

4) Die SFG verpflichtet sich, das Projekt im Grazer Westen anzusiedeln und umzusetzen und gemeinsam mit der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung die Interessen der Stadt Graz in das Projekt miteinzubeziehen.
5) Über die Verwendung der Mittel ist spätestens zum 31.3.2006 ein Nachweis entsprechend der Subventionsordnung der Stadt Graz zu erbringen.
6) Ziel des Projektes ist es, in Abhängigkeit der budgetären Möglichkeiten der Stadt Graz ab dem Jahr 2006 und der Ergebnisse der Strategieentwicklung als zukünftigen Standort für das Ökotechnik Netzwerk den Grazer Westen beizubehalten.

6a) Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und das Umweltamt werden beauftragt, nach Vorliegen der Ergebnisse des Strategiefindungsprozesses eine nachhaltige Absicherung des Engagements der Stadt Graz zu prüfen. Mit der Förderungszusicherung ist sicherzustellen, dass das Umweltamt und das AWT in den inhaltlichen Strategiefindungsprozess von ECO&CO eingebunden werden und dass gleichzeitig mit der Förderungszusicherung für die Stadt Graz (CPC Austria) die Option auf eine Beteiligung (mind. 26 %) an der neu zu gründenden Gesellschaft gegeben ist. Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und das Umweltamt werden beauftragt, über diese Beteiligung Verhandlungen zu führen.

7) Die Stadt Graz, Abt. f. Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und das Urban-Programm ist im Rahmen des Projektes und der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit mit zu kommunizieren. Dazu sind insbesondere deren Logos zu verwenden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: StRin. Kaltenbeck-Michl

NT 1) A 8-8/2004-38 — Sozialamt, Wohnungssicherung; Projektgenehmigung über € 1.155.300,- in der OG 2005-2007

NT 2) A 559488/04-1 — Wohnungssicherung, Projektgenehmigung von 1.1.2005-31.12.2007

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um das Stück Wohnungssicherung, ursprünglich gelaufen unter dem Titel Delogierungsprävention, eine Maßnahme, die ich angekündigt habe schon in der Budgetrede. Wir haben dieses Projekt ganz bewusst weggeführt von dem Begriff Delogierungsprävention hin zum Begriff Wohnungssicherung, weil ja wesentlicher Inhalt dieses Projektangebotes es ist, so früh wie möglich unterstützend einzugreifen, damit Menschen, die von möglichem Wohnungsverlust bedroht sind, gar nicht erst in die Nähe und Androhung von Delogierungen kommen. Worum geht es? In Graz leben 1500 Menschen in Einrichtungen, städtischen und privaten, für wohnungslose Menschen, darüber hinaus kann man sagen, die Anzahl der wohnungslosen Menschen geht ja über die in Einrichtungen Untergebrachten hinaus, weil sich ja viele dann einfach auch anderes organisieren. Wir bringen dafür jährlich 1,9 Millionen Euro auf. Bei Gericht gibt es jährlich 2.000 Delogierungsanträge, und 30 Delogierungen pro Jahr müssen wir leider auch aus den Gemeindewohnungen verzeichnen. Und dazu kommt, dass aus dem Bereich der Sozialhilfe auch Zuzahlungen erfolgen. Zum Beispiel die Übernahme von Mietenrückständen oder Mietenbeihilfen, jährlich in der Höhe von über drei Millionen Euro, um eben Wohnungsverlust hintanzuhalten. Wir wissen auch, dass Wohnungslosigkeit etwas ist, das im Steigen begriffen ist, in dem Maße, in dem Armut in unserer Gesellschaft wächst, wächst natürlich auch die Gefahr, die Wohnung zu verlieren. Auch in dem Maße, in dem, wie das jetzt geschieht, Förderungen für das Wohnen zurückgehen auf den verschiedensten Ebenen und natürlich hat es auch zu tun mit den wachsenden Mietkosten und wachsenden Energiekosten. Viele Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, weil es bereits mindestens ein Drittel ihres Einkommens, in städtischen Ballungsräumen sogar mehr, bis zu 40 und 60 % ihres Einkommens, verschlingt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und wenn dann irgendwann einmal die Abwärtsspirale beginnt, dann gibt es meistens so eine Kettenreaktion, Wohnungslosigkeit hat nie eine einzige Ursache,

sondern ist immer multifakturell, das heißt, es beginnt manches Mal eben schon bei schwierigen Verhältnissen in der Herkunftsfamilie, dann kommen möglicherweise Scheidungen dazu oder Krankheit, dann häufen sich Schulden an, die nicht ernst genug genommen werden, dann zahlt man die Miete nicht zurück, weil das etwas ist, was man am leichtesten nicht zurückzahlen kann und dann kommt das Wegschauen, Nicht-mehr-Sehen-Wollen und die Kopf-in-den-Sand oder Vogel-Strauß-Politk bei manchen. Vielfach spielt natürlich auch Haft oder Psychiatrie eine maßgebliche Rolle. Also es ist nie ein Problem allein, das zu einer solchen Situation führt, wir müssen aber leider auch feststellen, dass von Wohnungslosigkeit mittlerweile nicht nur Menschen aus schwierigen Lebensverhältnissen, ökonomisch und sozial schwierigen, betroffen sind, sondern angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend auch Menschen aus der Mittelschicht. Weil das so ist, gab es den Auftrag von Stadt und Land, jeweils den Sozialressorts, an die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe eine Studie zu erstellen, wo wir uns mit folgenden Fragestellungen beschäftigt haben: Wir wollten das bestehende Angebot analysieren, wir wollten die betroffenen Wohnungslosen selbst befragen, das heißt, es ist erfolgt, wir wollten nicht nur, und es gab eine Reihe von Maßnahmenvorschlägen und der erste Maßnahmenvorschlag, der jetzt aus dieser Reihe umgesetzt wird, ist eben dieses Projekt Wohnungssicherung. Konkret geht es darum, dass wir, wie gesagt, so früh wie möglich Unterstützung anbieten wollen, um erst die Situation nicht eskalieren zu lassen, ich nenne nur einige Beispiele, was es an Angeboten geben soll. Es soll ein Frühwarnsystem geben unter Einbindung von Genossenschaften und Hausverwaltungen, das läuft schon in pilotartiger Form. Es sollen rechtzeitig Infoblätter ausgeteilt werden über die Genossenschaften, es werden Kontaktaufnahmen durch die KlientInnen selbst ständig erfolgen, es wird eine Hotline geben, es wird dann nach einer Erstabklärung Beratung im umfassenden Sinne geben und alle möglichen Informationen, Sie können es dem Stück entnehmen. Interventionen, die notwendig sind, natürlich geht es auch um Überbrückungshilfen, zum Beispiel die Sicherung des Lebensbedarfes, die Vorbereitung von Anträgen an diversen Fonds und Ähnlichem, mit dem die Menschen unterstützt werden sollen. Wesentlich wird natürlich auch sein der Aufbau strategischer Netzwerke, die gibt es ja zum Teil schon, aber die Fokusierung der Netzwerke auf diesen Bereich. Die Trägerschaft für dieses Projekt wird die Caritas haben, untergebracht wird diese Stelle in der Arche 38. Es werden acht Dienstposten

angeboten, unter anderem sechs DiplomsozialarbeiterInnen, wobei die Finanzierung von drei davon von Seiten der Stadt und drei davon von Seiten des Landes kommen soll. Insgesamt wird die Finanzierung gemeinsam von Stadt und Land vorgenommen, 60 % trägt das Sozialressort des Landes bei (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), 40 % das Sozialressort der Stadt Graz. Es ergeht daher der Antrag, übrigens jetzt auch gleich für das Finanzstück, der finanzielle jährliche Aufwand, der sich aus Personalkosten, Objektkosten und Sachaufwand zusammensetzt beträgt 385.081,- Euro. Der Finanzaufwand für die Stadt Graz beträgt eben die 40 %, nämlich 154.032,- Euro, es ergeht der Antrag, das Projekt auf drei Jahres zu genehmigen, das Projekt soll mit 1.1.2005 beginnen. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Zu NT 1):

Die Berichterstatterin stelle namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG 2005-2007 wird die Projektgenehmigung „Wohnungssicherung Graz“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.155.300,- und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2005-2007
Wohnungssicherung Graz	1.155.300	1005-2007	Je 385.100,-

beschlossen.

Zu NT 2):

a) Die Berichterstatterin stellt namens des gemeinderätlichen Ausschusses für Soziales den Antrag, der Gemeinderat wolle dem Projekt „Wohnungssicherung Graz“ von 1.1.2005 bis 31.12.2007, jährliche Kosten € 385.081,- (minus 60 % Anteil Land), die Zustimmung erteilen.
b) Die Caritas ist von Land und Stadt vertraglich zu beauftragen, dieses Projekt im Sinne des Motivenberichtes umzusetzen.

GRin. **Meisslitzer**: Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir heute dieses Stück beschließen, denn es ist eine, möchte ich sagen, fast schon endlose Geschichte. Denn bereits im 99-er Jahr hat es ja interne Studien dazu gegeben und im Wohnungsamt hat es bereits 2000 und 2001 einen Versuch gegeben, eine so genannte Delogiertenprävention zu starten und dass es jetzt endlich soweit ist, möchte ich auch in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit sehr hoch einschätzen, denn gerade bei er Volkshilfe im ehrenamtlichen Tätigkeitsbereich haben wir, ich möchte sagen, mindestens zwei- bis dreimal in der Woche mit Leuten, die von Delogierung betroffen sind, zu tun und es ist einfach finanziell nicht möglich, diesen Leuten zu helfen und daher auch diese Bezeichnung Wohnungssicherung, ein ganz, ganz wichtiges Wort, denn wenn es einmal zur Delogierung kommt, ist es einfach nicht mehr möglich, diesen Menschen zu helfen und man muss einfach frühzeitig ansetzen und ich glaube, dass das auch der bessere Weg ist. Auch finanziell wird es auf Dauer und Sicht gesehen der Stadt und uns allen somit wesentlich billiger kommen, wie wenn wir dann reparieren müssen, wenn es bereits zu spät ist (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

NT 8) A 8 – K 20/1984-218

Flughafen Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz in der Flughafen Graz BetriebsgesmbH., an der die Stadt Graz zu 25 % beteiligt ist, Herrn Stadtrat Mag. Dr. Riedler zu ermächtigen, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen: Zustimmung zur Abstimmung im Umlaufweg, und die Gesellschafter der Flughafen Graz BetriebsgesmbH stimmen zu, die BDO Graz, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, mit der Prüfung des Geschäftsjahres 2004 der Flughafen Graz GesmbH zu beauftragen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 in der Fassung LGBl. Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft m.b.H., StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

- Zustimmung zur Abstimmung im Umlaufweg
- Die Gesellschafter der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. stimmen zu, die BDO Graz, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 8010 Graz, Hartenaugasse 34, mit der Prüfung des Geschäftsjahres 2004 der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. zu beauftragen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister! Zur Vollziehung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes darf ich ersuchen, aus der öffentlichen Tagesordnung die Tagesordnungspunkte 3), 4), 5), 7) bis 12) und aus der öffentlichen Nachtragstagesordnung die Punkte 1) bis 10) sowie die im Gemeinderat stattgefundene dringlichen Behandlung der Anträge von Gemeinderat Mayr, finanzielle Unterstützung der GKB bei der Neuanschaffung von Triebwagengarnituren, Petition und von Herrn Gemeinderat Schönegger, den Abänderungsantrag zum dringlichen Antrag von Herrn Gemeinderat Korschelt, Videoüberwachung zum Jakominiplatz, für dringlich zu erklären. Bitte um Annahme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.